

Ostholsteinbrief

OSTERN 2014

NUMMER 36

5. JAHRGANG

WWW.SPD-OSTHOLSTEIN.DE

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



mit der Regierungsübernahme der SPD in der großen Koalition in Berlin war klar, dass es Veränderungen zum EEG, dem Energieeinspeisegesetzes geben wird. Der Strom muss günstiger werden. Zumindest darf der Strompreis nicht so schnell wie bisher steigen.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat einen Referentenentwurf zum EEG

vorgestellt, der in Norddeutschland, insbesondere in Schleswig-Holstein, nur in Teilen gut ankam. Ministerpräsident Torsten Albig hat sich auch frühzeitig und deutlich geäußert und erhebliche Verbesserungen für den Onshore-Windstrom gefordert. Anfang April haben sich die Ministerpräsidenten in weiten Teilen durchgesetzt. Das ist gut so. Es gibt keine günstigere Stromproduktion als Windstrom, der Onshore erzeugt wird.

Ostholstein ist neben Nordfriesland dick im Stromgeschäft. Mit allen Konsequenzen. Der hier produzierte und noch zu produzierende Strom muss in den Süden transpor-

tiert werden. Dafür benötigen wir Leitungen. Dazu hat die SPD Ostholstein eine parteiinterne Informationsveranstaltung durchgeführt. In dieser Ausgabe des Ostholsteinbriefes berichten wir auch darüber.

Ich wünsche euch frohe Ostern, genießt das frühe Frühjahr und die Feiertage – nach den Osterferien sind es nur noch drei Wochen bis zur Europawahl. ■

Mit roten Grüßen
Euer

Lars Winter MdL,
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Veranstaltungshinweis	1
Ulrike Rodust	
Energiewende in Europa	2
Bettina Hagedorn	
EEG-Bericht aus Berlin	2
Veranstaltung	
380-KV-Trasse in OH	4
Wolfgang Niemann	
Klimaschutz in Ratekau	5
Impressum	5
Kreistagsfraktion	
Tourismusbarometer	6
KV Auslandsreise	
Socialdemokraterne	
Lolland	7
Juso-Praktikant im	
Bundestagsbüro	9

INFORMATIONEN- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG EEG-REFORM MIT ENERGIEEXPERTIN NINA SCHEER UND BETTINA HAGEDORN

AM 11. JUNI 2014 IN OLDENBURG

Wir freuen uns darauf, mit Euch in großer Runde die energiepolitischen Herausforderungen und Chancen für das Windland Ostholstein zu diskutieren.

Anmeldungen bitte an Bettina Hagedorns Eutiner Wahlkreisbüro unter bettina.hagedorn@wk.bundestag.de oder 04521 - 71611

ENERGIEWENDE IN EUROPA

ÖKONOMISCH, SOZIAL UND ÖKOLOGISCH UMSETZEN

Foto © Perrine-Fotografie



Aus Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen muss sich Europa als Vorreiter einer ambitionierten Klimapolitik verstehen und sich auf eine europaweite Energiewende verständigen. In der jetzt ablaufenden Legislaturperiode hat das Europäische Parlament deshalb unter der Federführung meiner Fraktion verbindliche Klimaziele für das Jahr 2030 beschlossen. Diese sehen vor, dass der EU-weite

CO₂-Ausstoß bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent gesenkt werden soll. Gleichzeitig soll der Anteil der erneuerbaren Energie EU-weit auf 27 Prozent steigen. Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sehen in der Forschung an alternativen Energietechnologien großes Innovationspotenzial mit Blick auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass drei Viertel des Energieforschungsbudgets der EU für erneuerbare Energien festgeschrieben sind. Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, dass europäische Gelder zur Förderung von Atomkraft reduziert und strengere Schutzmaßnahmen in Atomkraftwerken in Europa durchgesetzt werden.

Auch für die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments haben wir uns viel vorgenommen: Auf dem Klimagipfel 2015 in Paris muss die EU auf ein internationales Abkommen mit einem verbindlichen Klimaziel drängen. Wir fordern eine Umstellung des Energiemix weg von Atomenergie und Kohle hin zu mehr erneuerbaren Energien – nicht zuletzt auch, um dadurch die Abhängigkeit der EU von Energieimporten zu verringern und die Versorgungssicherheit zu

steigern. Klar ist: Die billigste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Daher setzen wir Sozialdemokraten uns für die Steigerung der Energieeffizienz ein und fordern ein verbindliches Effizienzziel. Gerade im Gebäudesektor stecken große Einsparpotenziale und Beschäftigungsmöglichkeiten für zahlreiche Menschen.

Wir fordern die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts, um fairen Wettbewerb, tatsächliche Wahlmöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher und Preisstabilität zu gewährleisten. Nur ein integrierter Energiebinnenmarkt und eine enge Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Transportnetze, sichern eine zuverlässige, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung. Wir befürworten den Ausstieg aus der Atomkraft und setzen uns gegen den Neubau von Atomkraftwerken ein. Die existierenden europäischen Atomkraftwerke sollten nur unter höchsten verbindlichen Sicherheitsstandards operieren dürfen. Die SPD setzt sich für europäische Maßnahmen ein, um die Energiearmut zu bekämpfen. Heute ist Energie für Millionen Europäer ein Luxusgut. Die erfolgreiche Bekämpfung von Energiearmut erfordert konkrete sozialpolitische Maßnahmen, um Haushalte mit geringem Einkommen zu unterstützen.

Als Sozialdemokraten werden wir dafür sorgen, dass Versorgungssicherheit für den Standort Europa, Bezahlbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher und die Wirtschaft sowie die weltweit höchsten Klimaschutz-Standards gewährleistet sind. Das alles wird aber nur mit einer starken sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament gelingen können. Nur mit uns wird die Energiewende gleichzeitig ökonomisch, sozial und ökologisch verantwortungsbewusst umgesetzt. Auch deshalb werben wir darum, bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 SPD zu wählen. ■

Ulrike Rodust, MdEP

DAS NEUE ERNEUERBARE ENERGIEN GESETZ

BETTINAS EEG-BERICHT AUS BERLIN

Foto © Studio Kohlmeier



Das EEG von Rot-Grün ist seit 14 Jahren in Deutschland – und besonders in Schleswig-Holstein – ein Garant für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Grundpfeiler der Energiewende, für die unser Bundesland mit Namen wie Björn Engholm, Günther Jansen, Heide Simonis, Claus Möller und heute Torsten Albig untrennbar verbunden ist. Auf Bundesebene stand im Jahre 2000 ein promi-

nenter Sozialdemokrat – mehr als alle Grünen damals – als Architekt des EEGs im Fokus: Hermann Scheer! Weltweit hat gerade er, Träger des Alternativen Nobelpreises und prominenter Buchautor, das EEG als Schlüsselprojekt der Energiewende zum Exportschlager gemacht, es diente inzwischen als Vorlage für ähnliche gesetzliche Instrumente in mehr als 65 Ländern weltweit. Mein Freund und Kollege Hermann Scheer war von 2003 bis 2009 dreimal zu beeindruckenden Veranstaltungen zur Energiewende in Ostholstein, und viele von Euch konnten ihn dabei erleben.

Jetzt steht die notwendige Überarbeitung des EEG als eines der wichtigen Projekte der Großen Koalition auf der Tagesordnung, und die Diskussionen dazu füllen seit Wochen bundesweit die Schlagzeilen. Glücklicherweise konnte Torsten Albig auf einem Energiegipfel Anfang April gemeinsam

mit den SPD-Ministerpräsidenten der Küstenländer bereits viele Verbesserungen am ursprünglichen Regierungsentwurf zu Gunsten von Onshore-Windkraftanlagen an Land, der für die Verbraucher preiswertesten Erneuerbaren Energiequelle, durchsetzen. Für Schleswig-Holstein besonders wichtig war das Zugeständnis von unserem Bundesenergieminister Sigmar Gabriel und Kanzlerin Merkel, das Repowering nicht im vollen Umfang auf den Ausbaukorridor bei Windenergie von 2,5 Gigawatt jährlich anzurechnen. Der Ausbau von Windenergie an Land soll zwar auf 2.500 Megawatt pro Jahr begrenzt werden, es gilt aber netto statt brutto. Denn beim Repowering, dem Ersetzen von alten durch neue, leistungsstärkere Anlagen, hat Torsten Albig erreicht, dass nur die zusätzliche (statt wie bisher geplant die gesamte) Leistung auf die 2.500 Megawatt angerechnet wird. Die Einigung beim sogenannten Referenzmodell für die Förderung von unterschiedlich gut für Windkraft geeigneten Standorten bringt für Schleswig-Holstein ebenso Verbesserungen gegenüber dem ersten Regierungsentwurf mit sich.



Foto © Lars Winter

Allerdings konnten auch die anderen Ministerpräsidenten die aus ihrer regionalen Sicht wichtigen Veränderungen zur künftigen Förderung bei der teuren Biomasse und Offshore oder Schonung industrieller Großverbraucher durchsetzen, was uns auch aus Verbrauchersicht nicht glücklich macht, weil dadurch der von Sigmar Gabriel zu Recht postulierten Begrenzung der Stromkosten für die kleinen Stromkunden engere Grenzen gesetzt sind.

Die neue Ausrichtung des EEGs wird den Bundestag bis zur Sommerpause beschäftigen – dann soll das Gesetz in 2. und 3. Lesung beschlossen werden. Bis dahin gibt es Beratungen und Anhörungen von Sachverständigen und Lobbygruppen jeglicher Ausrichtung. Ganz klar, dass ich Euch und allen Interessierten für die SPD in Ostholstein dazu eine hochkarätige Veranstaltung anbieten werde. Ich kann mir als Referentin und Ersatz für meinen lieben, viel zu früh verstorbenen Kollegen Hermann Scheer niemanden vorstellen, der geeigneter wäre als seine Tochter Dr. Nina Scheer. Seit 2013 ist Nina als unsere SPD-Energieexpertin für den Wahlkreis Lauenburg/Stormarn im Bundestag und hat bereits den Koalitionsvertrag für den Bereich Energie mit ausgehandelt. Ich freue mich riesig, dass sie meine Einladung nach Ostholstein zu kommen, trotz enormer Terminfülle angenommen hat: Am 11. Juni 2014 wird sie als Expertin über den Hintergrund der Reformüberlegungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Oldenburg referieren und im Anschluss die Chancen und Herausforderungen für den Norden mit Euch und

allen Interessierten diskutieren. Nina wird alle Fragen zur Änderung des EEGs beantworten können und mit mir gemeinsam aufzeigen, wohin die Reise energiepolitisch auf Bundesebene geht. Ich hoffe auf eine gute Beteiligung aus allen Teilen Ostholsteins!

In einer großen Koalition (mit einem Koalitionspartner CDU/CSU, der noch sechs Monate vor Fukushima die Laufzeiten der Atomkraftwerke mit der FDP verlängert und damit den rot-grünen Atomkonsens zu Gunsten der Energie monopolisten aufgekündigt hat) wachsen energiepolitisch für uns Sozialdemokraten die Bäume nicht in den Himmel. Mit der von uns im Wahlkampf 2013 angestrebten Koalition mit den Grünen hätten wir sicher einige Weichen einvernehmlich mutiger gestellt, als es jetzt möglich ist. Aber Fakt ist auch, dass die Wählerunterstützung dafür im September bei der Bundestagswahl schlicht nicht gereicht hat, und jetzt müssen und werden wir das Beste daraus machen müssen. Sigmar Gabriel steht – nicht nur als unser SPD-Parteivorsitzender und Vizekanzler – sondern vor allem als unser Wirtschafts- und Energieminister federführend für diese Reform. Er wird sie zum Erfolg führen – dafür werden wir aber Kompromisse nicht nur mit der Union, sondern auch mit dem Bundesrat bzw. den regionalen Interessen anderer Bundesländer machen müssen. Die auch (allerdings nicht nur) durch die EEG-Umlage steigenden Strompreise gehen seit Jahren immer mehr zu Lasten der Verbraucher, vor allem der Geringverdiener. Und Schwarz-Gelb hatte nicht die Kraft, hier gerecht gegenzusteuern. Daher müssen wir bei allen Rekordmeldungen auch die Kosten für die Menschen im Blick behalten. Wir wollen die Energiewende sicher, sauber und bezahlbar gestalten – ohne dabei das EEG in Frage zu stellen. Verbindliche Ausbaukorridore für Erneuerbare sollen einen weiteren drastischen Anstieg der Strompreise stoppen, einzelne Überförderungen wie bei der Biomasse müssen wir deutlich begrenzen, damit z.B. die Vermaischung unserer Kulturlandschaft aufhört. In Zukunft wollen wir wieder nur diejenigen Unternehmen von der EEG-Umlage befreien, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen – und den schwarz-gelben Ausuferungen in diesem Bereich Einhalt gebieten. Europa steckt an dieser Stelle maßgeblich den Rahmen – Sigmar Gabriel hat in Brüssel aber hartnäckig und erkennbar erfolgreich mit Blick auf Arbeitsplätze verhandelt.

Die Richtung der anstehenden Reform ist gerade für Ostholstein mit seinen vielen Windparks, Photovoltaik- und Biomasseunternehmen von Bedeutung. Hier sind in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze entstanden, mit Chance auf MEHR. Für unser strukturschwaches Bundesland sind die EEG-Förderungen unverzichtbar. Mehr als 50 Prozent unseres Strombedarfs decken wir in Schleswig-Holstein bereits aus regenerativen Energien. Vor allem die Windkraftbranche meldet jedes Jahr neue Rekorde bei der Stromerzeugung – entsprechend sind gerade in den ländlichen Regionen die Erzeuger regenerativer Energien längst die größten Gewerbesteuerzahler in den Kommunen. Die Reform darf diese positive Entwicklung auf keinen Fall stoppen. ■

Mit herzlichem Gruß

Eure

Bettina Magedon

WAS KOMMT DA AUF UNS ZU?

380-KV-TRASSE IN OSTHOLSTEIN



Foto © Joerg Shcimeck

Am 14. März 2014 hat die SPD Ostholstein alle Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes zu einer Ortsvereinskonferenz nach Scharbeutz eingeladen. Es sollten Informationen und Hintergründe über die beabsichtigte 380-KV-Leitung in Ostholstein mitgeteilt werden. Als Gäste konnten wir vom Energiewendeministerium den Stabsstellenleiter für Energiepolitik, Tobias Goldschmidt und von der SPD-Landtagsfraktion den energiepolitischen Sprecher Olaf Schulze, begrüßen. Für die Firma TenneT waren Carsten Schmidt, Projektleiter der 380-KV-Ostküstenleitung sowie John Karl Herrmann, Pressereferent der TenneT in Schleswig-Holstein und Herr Herrmann von der Firma BHF anwesend.

Als Ergebnis der Informationsveranstaltung kann vorweggenommen werden, dass die SPD Ostholstein ein Raumordnungsverfahren für das Trassenfindungsverfahren fordert. Diesen Beschluss hat inzwischen auch der Kreisvorstand gefasst. Weiterhin fordern wir von der Bundestagsfraktion und der Bundespartei, dass in den Netzentwicklungsplan die Prüfung eines Seekabels aufgenommen wird.

Bereits 2011 hat die Bundesnetzagentur der Firma TenneT den Auftrag erteilt, für den Bereich Göhl-Lübeck und für den Bereich Göhl-Kiel eine 380-KV-Trasse zu planen. Grund für den Auftrag war, dass die zu erwartende Strommenge durch Wind- und Sonnenenergie, eine 380-KV-Leitung zu mehr als 20% auslasten würde. Deshalb wurden die beiden zuvor genannten Trassen in den Netzentwicklungsplan 2011 aufgenommen. 2012 ergaben die Hochrechnung eine Netzauslastung von unter 20% und die Trassen von Göhl nach Lübeck und nach Kiel wurden aus dem Netzentwicklungsplan gestrichen. TenneT stellte die Planungen ein.

Der Netzentwicklungsplan 2013 sieht wieder eine Auslastung von 20,2% vor und die Trasse zwischen Göhl und Lübeck wurde als Projekt 72, Maßnahme 48, wieder aufgenommen. Die Trasse nach Kiel ist in auf Intervention des Energiewendeministeriums gestrichen worden. Im Netzentwicklungsplan ist die Inbetriebnahme für 2021 vorgesehen. Dieses Datum wird vom Energiewendeministerium sowie von der Firma TenneT als utopisch bezeichnet.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde anhand der Planungen von 2011 dargelegt, dass die Betroffenheit des Raumes in Ostholstein sehr hoch ist. Das bedeutet, dass es schwierig werden wird, eine Trasse nach Lübeck-Siems zu finden, die Ostholstein nicht wesentlich beeinträchtigen wird. Um die Raumwiderstände klar zu benennen, ist die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens erforderlich. Dieses Verfahren fordert die SPD Ostholstein. In diesem Zusammenhang wurde vorgetragen, dass es technisch kein Problem sei, ein Seekabel von Göhl nach Lübeck-Siems zu verlegen. Damit wären die Trassenprobleme wesentlich geringer als wenn eine Freileitung geplant werden müsste. TenneT darf zurzeit aber kein Seekabel prüfen, da der Netzentwicklungsplan kein Seekabel vorsehe. Deshalb muss das eine weitere Forderung der SPD Ostholstein sein.

Doch noch weitere Aspekte müssen berücksichtigt werden. Zwischenzeitlich gibt es eine neue Generation von Stromleitungen, die erheblich mehr Stromkapazitäten aufnehmen können als eine 110-KV-Leitung. Unser energiepolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze, ist derzeit mit den Firmen und dem Energiewendeministerium im Gespräch über den möglichen Einsatz dieser Stromleitungen.

Die Stromkapazitäten, die in Ostholstein erwartet werden, sind unter anderem auch davon abhängig, ob die Problematik der Funkfeuer in den Bereichen Heringsdorf und Stockelsdorf gelöst werden können. Sollte die Deutsche Flugsicherung auf einen 15 Kilometer Sicherheitsabstand bestehen, werden viele vorgesehene Windkraftanlagen nicht gebaut werden können. Und damit steht und fällt die Voraussetzung dafür, ob die 20%-Auslastung überhaupt dauerhaft erreicht werden kann.

Ihr seht daran, dass es viele verschiedene Aspekte gibt, die weiterhin beobachtet und begleitet werden müssen. Wir werden unsere Forderungen erheben und versuchen sie durchzusetzen. ■

Lars Winter, MdL

DAS KLIMASCHUTZKONZEPT DER GEMEINDE RATEKAU ES LOHNT SICH, DOCH WOHN FÜHRT DER WEG?

Foto © Foto Prien, Eutin/KTF



So fing alles an

Als Ende der 1980er Jahre in der Gemeinde Ratekau eine SPD-Mehrheit die politischen Weichen stellte, waren Umweltschutz und Energieeinsparung mit einem Mal Schwerpunkte.

Ein Agraringenieur, Jürgen Leicher, wurde eingestellt und 1994 folgte folgerichtig die Einstellung eines Elektroingenieurs, Ulli Buhl, für Energieeinsparung.

Mir sind die Worte von Ulli bei seiner Einstellung noch im Gedächtnis: „Ich werde der Gemeinde mehr Geld einbringen als ich koste.“ Er behielt recht! Die Gemeinde Ratekau machte sich mit einem Klimakzept auf den Weg. In den Folgejahren wurden stetig neue Konzepte erstellt. Diese Konzepte waren stets der Rote Faden für unser Handeln. Diverse Preise für Klimaschutz, Energieeffizienz und vieles mehr bestätigen uns auf unserem Weg.

Solardach der Grundschule Ratekau

So geht es weiter

Biomasse Für Schleswig-Holstein ist das Ende wohl in Sicht. Die Anbauflächen sind ausgeschöpft, eine zweite Ernte ist zurzeit noch nicht in möglich.

Windenergie Repowering ist noch eine Möglichkeit. Es wird nur noch wenige Neuausweisungen geben. Die Stromableitung ist noch nicht geregelt, deshalb ist die Speicherung zwingend erforderlich.

Solarenergie Sonne scheint nur am Tag, daher brauchen wir Speichermöglichkeiten, z.B. Batterien.

Wasserstoffherzeugung Große Mengen Wasserstoff lassen sich aus dem Stromüberschuss von Wind- und Solaranlagen vor Ort erzeugen. Wasserstoff ist gut speicherbar, z.B. in Kavernen und Tanks und gut zu transportieren. Wasserstoff kann Benzin ersetzen, er wird der Energieträger der Zukunft sein.

Zu berücksichtigen sind außerdem Fernwärme aus Blockheizkraftwerken, Erdwärme und die energetische Sanierung von Gebäuden. Wie schon in den 1980er Jahren stehen wir jetzt wieder vor einer großen Herausforderung. Für uns wird sich der Weg lohnen – gehen wir ihn zusammen. ■

Wolfgang Niemann
SPD Kreistagsabgeordneter



Foto © Wolfgang Unger, Sereetz

Weitere Informationen zum Klimaschutz der Gemeinde Ratekau gibt es unter <http://www.ratekau.de> rechts unten > > Wirtschaft/ Umwelt
Im Menü links oben gibt es unter Klimaschutz u.a. Links zu einem CO₂-Rechner, zum Pendler-Portal Ostholstein und PDFs, z.B. zur Novelle der Energieeinsparverordnung.

IMPRESSUM

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbrief, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

Die Redaktion

Mails für die Redaktion bitte an Lars Winter winter.mdl@aol.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden

REDAKTION

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und Kreisvorsitzender, Korrektur Gisela Teuchert-Benker, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

SPARKASSEN-TOURISMUSBAROMETER SCHLESWIG-HOLSTEIN

OSTHOLSTEIN ALS REISEZIEL ZUKUNFTSFEST MACHEN!

Wirtschaftspolitiker der SPD Kreistagsfraktion Ostholstein informierten sich bei der Sparkasse Holstein über aktuelle Entwicklungen im Ostholstein-Tourismus.

Die Betreiber kleiner Herbergen noch besser qualifizieren, Investitionen forcieren, die Kommunikation innerhalb der Tourismusbranche verbessern und sich strategisch klar positionieren – mit diesen Maßnahmen soll es gelingen, Schleswig-Holstein langfristig als Tourismusregion wettbewerbsfähig zu machen. Zu diesem Ergebnis kommt das Sparkassen-Tourismusbarometer Schleswig-Holstein. Seit 2002 bereitet das Sparkassen-Tourismusbarometer jährlich aktuelle Trends

Region von Fehmarn bis Lübeck vor allem von gut ausgebauten Wasserwanderwegen und dem interessanten Umfeld mit attraktiven kulturellen Angeboten und Einkaufsmöglichkeiten im Hinterland profitieren“, so Gerwanski. Gleichzeitig wies er jedoch auch auf die strukturellen Herausforderungen des regionalen Tourismus hin: „Auf der einen Seite haben wir die für Ostholstein typischen kleineren Familienbe-



und Themen der Branche auf, identifiziert dabei gegenwärtige Probleme der Tourismuswirtschaft und stellt praktische Lösungsansätze bereit. Die Ergebnisse für 2013 stellte Hans-Ingo Gerwanski, Direktor in der Sparkasse Holstein und Leiter des Tourismusarbeitskreises für den Unternehmensverband Ostholstein-Plön, der SPD Teilfraktion des Kreises Ostholstein unter Leitung des wirtschafts- und tourismuspolitischen Sprechers Heinz-Dieter Steigert vor.

„Obwohl die Deutschen tendenziell mehr reisen, hat Schleswig-Holstein in den letzten Jahren im bundesweiten Vergleich Marktanteile bei den Übernachtungen verloren“, fasste Hans-Ingo Gerwanski die jüngsten Entwicklungen des Tourismusmarktes in seinem Vortrag zusammen. Vor allem in den Jahren 2011 und 2012 seien die Zahlen rückläufig gewesen. 2013 hätte es hingegen eine erfreuliche Trendwende gegeben: Die Übernachtungen in Schleswig-Holstein seien wieder angestiegen und hätten sich im bundesweiten Vergleich sogar überdurchschnittlich entwickelt.

Dabei profitierte das Bundesland unter anderem von einem bundesweiten Trend zugunsten des Incoming-Tourismus (Übernachtung von ausländischen Gästen in Deutschland). Die Anzahl der Ausländerübernachtungen beträgt in Schleswig-Holstein inzwischen mehr als 1,5 Mio. pro Jahr, von Januar bis November 2013 war ein erfreulicher Anstieg von über elf Prozent zu verzeichnen. Diese Entwicklung gilt es zukünftig noch stärker zu forcieren, waren sich die Teilnehmer der Veranstaltung einig. Vor allem bei Gästen aus den skandinavischen Ländern sehen sie ein hohes Potential. Bislang wurde diese große Gruppe bei der Planung und Kommunikation von Angeboten zu wenig berücksichtigt.

Im Rahmen seines Vortrags thematisierte Hans-Ingo Gerwanski auch speziell die Situation der Tourismusbranche im Kreis Ostholstein, dem die Ergebnisse des Sparkassen-Tourismusbarometers perspektivisch gute Entwicklungschancen attestieren. „Neben dem Strandtourismus kann die

triebe mit einem teilweise über Jahre aufgelaufenen Investitionsstau und oft auch einer fehlenden Unternehmensnachfolge. Auf der anderen Seite gibt es in unserer Region immer neue und leistungsfähigere touristische Investitionsvorhaben.“ Die Herausforderung sei es, mittelfristig für alle klare Perspektiven zu schaffen und auch die kleinen Herbergen wettbewerbsfähig zu halten. Dem Trend zur Professionalisierung könne dabei nur mit weitreichender Qualifizierung der Betreiber begegnet werden.

Weiterhin sei es notwendig, den Investitionsstau der Familienbetriebe abzubauen. Denn nur Investitionen und neue Attraktionen könnten die Aufmerksamkeit schaffen, die Ostholstein dringend brauche, um sich auch weiterhin im Wettbewerb behaupten zu können, konstatierte Gerwanski. Dass in der Tourismusbranche diesbezüglich bereits ein Umdenken eingesetzt hat, verdeutlichte Stefan Falk, Berater in einem der acht FirmenkundenCenter der Sparkasse Holstein von Hamburg bis Fehmarn: „Die erfreuliche Entwicklung des Kreditgeschäftes der Sparkasse Holstein im Jahr 2013 zeigt auf, dass viele dies bereits erkannt haben – während das Kreditvolumen der Firmenkunden um erfreuliche 5,8 Prozent nach oben ging, ist es beim Gastgewerbe sogar um 10,4 Prozent angestiegen.“

Das Schwerpunktthema des Sparkassen-Tourismusbarometers 2013, das auf der Veranstaltung ebenfalls diskutiert wurde, betrifft die Kommunikation der im Tourismus handelnden Akteure auf den verschiedenen Ebenen in Schleswig-Holstein. „Bereit für die gemeinsame Sache?“, titelt das Sparkassen-Tourismusbarometer die Wechselwirkungen besonders zwischen Politik, Tourismusverbänden, Medien und Bevölkerung. „Gerade die komplexen Strukturen sorgen für

eine gewisse Unübersichtlichkeit, die zu durchblicken den Beteiligten ein gewisses Maß an Insiderwissen abverlangt“, beklagte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Heinz-Dieter Steigert. „Dadurch wurden unnötig Hürden geschaffen, die in einem systematischen, gesteuerten und langfristigen Prozess abgebaut werden müssen!“

Es gelte, auch bei den Parteien das Wissen über die Tourismusbranche zu verbessern sowie die ressortübergreifende Abstimmung in diesem Bereich zu optimieren und offener zu gestalten, um den parteiübergreifenden Dialog zu intensivieren. Wäre der Tourismus im politischen Betrieb präsenter, stiege langfristig auch seine Wertschätzung, so Steigert. „Dreh- und Angelpunkt ist eine deutliche Intensivierung der Kommunikation auf allen Ebenen und eine noch breitere Einbindung der Bevölkerung und der touristischen Betriebe“, brachte Hans-Ingo Gerwanski die Problematik auf den Punkt.

„Es ist jedes Jahr aufs Neue interessant, die aktuellen Entwicklungen mitsamt ihrer Wechselwirkungen im Tourismusbarometer nachfühlen zu können“, fasste Heinz-Dieter

Steigert die Veranstaltung abschließend zusammen. Im Namen der Teilfraktion bedankte er sich bei den Gastgebern für den intensiven Austausch. „Die Aufbereitung ist wie gewohnt sehr gut.“ ■

Über das Sparkassen-Tourismusbarometer Schleswig-Holstein

Das Sparkassen-Tourismusbarometer Schleswig-Holstein existiert seit Januar 2002. Träger sind der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein und der Tourismusverband für Schleswig-Holstein. Das Tourismusbarometer dient der kontinuierlichen, problemorientierten Beobachtung der Tourismusentwicklung in Schleswig-Holstein und seinen Reisegebieten, der Identifikation aktueller Probleme sowie der Ableitung von Handlungsempfehlungen.

Darüber hinaus widmet es sich in jedem Jahr einem aktuellen Branchenthema, wobei 2013 die Innenkommunikation im Tourismus in Schleswig-Holstein im Fokus stand. Das Sparkassen-Tourismusbarometer wird wissenschaftlich betreut und von der dwif-Consulting GmbH durchgeführt.

Heinz-Dieter Steigert
wirtschafts- und
tourismuspoltischer Sprecher

Yannick Ashby
Mitglied im Fachausschuss

REISE DER STELLVERTRETENDEN/DES KREISVORSITZENDEN ZU DEN NACHBARN TREFFEN MIT SOCIALDEMOKRATERNE LOLLANDS



Wir wohnen nicht weit voneinander entfernt und trotzdem kennen wir uns nicht oder wenig. Das wollten wir Sozialdemokraten aus Ostholstein ändern. Ende letzten Jahres haben wir unsere dänische Schwesterpartei in Lolland zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen. Am 22. März 2014 war es dann so weit. Der Vorsitzende der Socialdemokraterne Lolland, Morgens Hansen, und der Vorsitzende der Socialdemokraterne Lolland-West, Leif Utermöhl, sowie die SPD Kreisvorsitzenden Ostholsteins, Maike Gast, Lars Winter, Niclas Dürbrook und Burkhard Klinken trafen sich an Bord der MS Deutschland der Scandlines.

Nach gegenseitiger Vorstellung und Klärung der unterschiedlichen Parteien- und Kommunalstrukturen ging es gleich um handfeste Themen. Natürlich war die feste Fehmarnbelt-Querung das erste Thema. Wenig überraschend war es, dass die dänischen Genossen viele Hoffnungen in das Projekt setzen. Ebenso wenig überraschend war für Hansen und Utermöhl, dass wir Ostholsteiner das anders betrachten. Hansen und Utermöhl berichteten von den anderen Brückenprojekten in Dänemark. Am Beispiel der

Brückenquerung des Großen Belts zeigten Hansen und Utermöhl auf, dass während der Bauphase viele gute Arbeitsplätze entstanden, die nach der Bauphase aber nicht mehr gehalten werden konnten. Es hat im Bereich der ehemaligen Baustelle auch keinen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben. Diese Befürchtungen treiben die dänischen Genossen um. Um aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, wollen die Socialdemokraterne Lolland und die SPD Ostholstein Kontakt zu den Genoss_innen in Korsör aufnehmen und einen Meinungsaustausch organisieren.

Für die Zukunft wollen wir zwei große Tagungen im Jahr zu bestimmten Themen, abwechselnd in Lolland und in Ostholstein, durchführen. Das erste Treffen wird nach den Sommerferien zum Thema Arbeit und Wirtschaft in der Fehmarnbeltregion in Maribo stattfinden.

Doch auch im Europawahlkampf machen wir gemeinsame Sache. So finden im Mai gemeinsame Wahlkampfveranstaltungen in Burg auf Fehmarn und in Maribo statt. Das zukünftige Europaparlament muss sozialdemokratischer werden. Das gelingt gemeinsam mit den Nachbarn besser. ■

UNSER JUSOVORSITZENDER IN BERLIN PRAKTIKUM IM BUNDESTAGSBÜRO HAGEDORN

Aufregender hätten seine zwei Wochen im politischen Berlin kaum sein können: Während eines Wirtschaftspraktikums im Bundestagsbüro von Bettina Hagedorn konnte der 18-jährige Julian Stange aus Sereetz nicht nur den obligatorischen Blick hinter die Kulissen von Bundestag und Kanzleramt werfen und prominente Politiker zum Anfassen erleben. Er war auch Gast im Haushaltsausschuss und beim Höhepunkt der Haushaltswoche, der Elefantenrunde im Plenum, hörte seine Abgeordnete zweimal im Bundestag reden und war quasi mitten im Geschehen, als den Bundestag so wichtige Themen wie der Nord-Ostsee-Kanal, die EEG-Novelle, die Rente oder die Vorratsdatenspeicherung beschäftigten.

Bettina war begeistert vom großen Interesse des jungen Ostholsteiners: „Julians Wochen in meinem Büro waren vollgepackt mit zahlreichen Veranstaltungen und Besuchsterminen, die er alle mit viel Engagement wahrgenommen hat. Da er als Juso Kreisvorsitzender schon sehr fundierte politische Kenntnisse hat, war es mir eine Freude, ihn häufig zu internen Terminen quasi als Wegbegleiter mitzunehmen. Dabei hat er einen sehr intensiven Einblick erhalten, wie konkret Politik hinter den Kulissen gemacht wird. Julian hat die

chungsausschuss Eva Högl. Da Bettina für den Haushalt des Verfassungsschutzes im Vertrauensgremium verantwortlich ist, ging es um die finanziellen Konsequenzen aus dem Schlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses. Julian war auch Gast in der Klausurtagung der SPD-Arbeitsgruppe Verkehr, wo Bettina den Verkehrshaushalt für 2014 vorstellte. Gleich zwei Mal beobachtete er Sitzungen des Haushaltsausschusses von der Besuchertribüne – am 11. April sogar morgens um 7:30 Uhr, als die 451 Mio. € für die Schleuse des Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel vergeben wurden. Bettina, die für ihre Fraktion stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin ist, dazu: „Bei der 1. Sitzung am 2. April kam es urplötzlich fast zum Eklat, weil kurzfristig ein folgenschwerer Bericht des Bundesrechnungshofes zur angeblichen Unwirtschaftlichkeit des Schleusenneubaus am Nord-Ostsee-Kanal eintrudelte und die geplante Vergabe von fast einer halben Mrd. € plötzlich stoppte. Mit was für einem Ansturm von Medienanfragen ich in solch einem Fall konfrontiert werde und wie solch ein Ereignis einen Sitzungstag komplett durcheinander bringen kann, davon konnte sich auch Julian in der vergangenen Woche überzeugen!“

Die zweite Hälfte des Praktikums stand ganz im Zeichen der 1. Lesung des Bundeshaushalts 2014. Nur in diesen Haushaltswochen tagt der Bundestag ganztägig von Dienstag bis Freitag. Julian bot sich die Gelegenheit, sich im Plenum viele topaktuelle Debatten live anzuhören, u.a. die 15-minütige Rede Bettinas im Rahmen der Elefantenrunde am Mittwoch – diese Runde ist traditionell der zentrale Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition über die Schwerpunkte der aktuellen Politik. Auch am Freitag hatte Julian, wie auch Bettinas gerade in Berlin weilende 50-köpfige Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, die Gelegenheit, sie zum Haushalt des Bundesverkehrsministeriums, für den sie verantwortlich ist, reden zu hören. Weitere Höhepunkte waren am Donnerstag um 7.30 Uhr das wöchentliche Landesgruppen-Frühstück der neun SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Norden mit Innenminister Andreas Breitner als Gast, sowie die Begleitung zur Koordinierungsrunde der Verkehrspolitikern um den stellv. Fraktionsvorsitzenden Sören Bartol, bei der es um den auch für den ländlichen Raum Ostholsteins so wichtigen Breitbandausbau ging.

Natürlich verbrachte Julian auch einige Zeit im Büro, um dem Arbeiterteam bei seiner abwechslungsreichen Arbeit über die Schultern zu schauen. Auch außerhalb des Bundestags war er viel unterwegs und saß z.B. im Publikum der Polit-Talkrunde von Maybrit Illner. Julians Fazit der zwei Wochen: „Durch das Praktikum bei meiner Bundestagsabgeordneten habe ich individuell und auf vielfältigste Art und Weise die Möglichkeit erhalten, die parlamentarischen Prozesse zu durchschauen. Gerade die Anwesenheit bei Arbeitsgruppen, Teilfraktionsgesprächen oder Treffen der Parlamentarischen Linken, einer der drei SPD-Abgeordnetengruppierungen, gestatten diesen einmaligen Einblick, sodass ich nur jeder/m empfehlen kann, sich um ein Praktikum bei Bettina zu bewerben, um hautnah die politischen Entscheidungen für die Bundesrepublik Deutschland miterleben zu können!“

Bettina bietet regelmäßige Praktikumsplätze für Schüler_innen und Student_innen in ihrem Berliner Büro. ■



Foto © Jana Steinert

Chancen, die sich durch ein solches Praktikum bieten, ausgiebig genutzt. Themen und aktuelle Diskussionen, die täglich die Medien und die Inhalte der Talkshows beherrschen, konnte er live erleben, was sicherlich auch für seine eigene politische Arbeit bereichernd wirkt.“

Julian Stange hatte sich bereits im August 2013 für dieses Praktikum beworben, nachdem er im März 2013 mit seiner Schulklasse den Bundestag besucht hatte und bei einem Gespräch mit Bettina auf die Chance für diesen authentischen Blick hinter die Kulissen aufmerksam wurde. Seit März 2014 ist der Elftklässler der Ratekauer César-Klein-Schule nun auch Kreisvorsitzender der Jusos in Ostholstein – da war ein solches Praktikum ein großartiger Einstieg!

Schon in der ersten Woche hatte Julian Gelegenheit, seinen Mitschülern von seinen aufregenden Erfahrungen im Bundestag zu berichten – denn gleich drei Klassen seiner Schule hatten sich auf den Weg nach Berlin gemacht, um das politische und kulturelle Leben der Hauptstadt kennenzulernen. Auch der Rest der Woche war gefüllt mit spannenden Terminen: So begleitete Julian die Abgeordnete u.a. zu einem Mittagstisch bei der Parlamentarischen Linken, wo es um das umstrittene Freihandelsabkommen ging und zu einem Gespräch mit der Sprecherin der SPD im NSU-Untersu-